

09 / 17

Spendenkonto
Web
Kontakt

Newsletter

Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



Themen dieser Ausgabe

- **CommUNITY Carnival/We´ll come united parade – Bundesweite Parade in Berlin 16.9.2017**

Italien

- **Italien beschließt militärische Hilfe für Libyen – nicht ohne Proteste**
 - **Der Kodex („Code of Conduct“)**
- **Kriminalisierung der Seenotrettung - Beschlagnahmung der Juventa**

- **Petition: SEENOTRETTUNG IST KEIN VERBRECHEN!**

Libyen

- **Libyen droht den Seenotrettern**
- **Abschottung um jeden Preis scheint zu wirken?**

Griechenland – Lesbos

- **Support Center for Refugees and Locals Mosaik feiert einjähriges Bestehen**

Save the date

Spendenkonto

Web

Kontakt

Bundesweite Parade in Berlin – für gleiche Rechte und gegen Abschiebungen

Eine Woche (16.9.2017) vor der Bundestagswahl will ein breites Netzwerk aus antirassistischen und migrantischen Gruppen, Flüchtlingsinitiativen, Hilfsorganisationen und Künstler*innen in der Hauptstadt ein deutliches Zeichen gegen die Abschottung Europas und die Ausgrenzung von Migrant*innen in Deutschland setzen. Mit einer bundesweiten Parade unter dem Motto „We'll Come United“ fordert das außerparlamentarische Bündnis, dass jeder Mensch „das Recht auf gleiche Rechte“ hat. Mit einer großen Zahl entsprechend dekoriertes LKWs werden flüchtlingspolitische Forderungen, wie „Fähren statt Frontex- Für sichere Wege der Einreise“, „Bleibe-recht für Alle! Keine Abschiebungen nach Afghanistan“, „Kein Mensch ist illegal“, „Dublin Abschiebungen stoppen“ und andere auf die Straße gebracht. Borderline-Europe wird zusammen mit der Solidaritätsinitiative Corasol (Contre le racisme et pour la solidarité) und der Theater AG des AK Asyl Bielefeld auf einem bunten Wagen vertreten sein. Unter dem Motto „Brecht die mentalen Ketten“ setzen wir ein Zeichen gegen Rassismus und fordern, dass ein Umdenken für mehr Solidarität, Respekt und Toleranz in den Köpfen beginnen muss. Auftakt ist am 16. September um 13 Uhr beim Innenministerium in Berlin-Moabit. [Mehr Information.](#)

Italien beschließt militärische Hilfe für Libyen – nicht ohne Proteste

Am 2.8.2017 hat der Antrag einer Mission in libyschen Gewässern gegen die Ankünfte von Migrant*innen den italienischen Senat mit 328 zu 113 Stimmen passiert. Ein Logistikschiff sowie ein Patrouillenschiff werden die libysche Küstenwache unterstützen. Es kann auch mit Gewalt gegen Attacken vorgegangen werden, jedoch in „angepasstem Maße“. Natürlich werde die Souveränität Libyens nicht verletzt. Diese Maßnahme sei am 23. Juni von der Regierung Fayed al-Sarradsch angefragt worden, es handele sich aber nicht um eine Blockade vor der libyschen Küste. In mehreren Zeitungen war kurz darauf zu lesen, [al-Sarradsch hätte nie angefragt](#). Human Rights Watch [kritisiert das Abkommen stark](#): „Nach Jahren der Rettung von Leben auf See hilft Italien nun Libyen, obwohl bekannt ist, dass Menschen dort der großen Gefahr von Folter, sexueller Gewalt und Zwangsarbeit ausgesetzt sind.“ Ebenso wenig begeistert ist der General Haftar, Gegenspieler von al-Sarradsch aus Ostlibyen – doch aus anderen Gründen: Tobruk sieht die Souveränität des Landes gefährdet und droht, die italienischen [Militärschiffe zu bombardieren](#). Die Verwobenheit der politischen Strategien im Mittelmeerraum sind jedoch nicht zu unterschätzen und müssen [immer wieder deutlich](#)

[gemacht werden](#). Am 4. September traf sich der italienische Innenminister Minniti mit Haftar in Benghazi. Hintergrund: Die Milizen Haftas werden zu einem großen Teil aus Ägypten finanziert. Seit Italien beschlossen hat, einen Stein auf die Ermordung des jungen italienischen Wissenschaftlers Giulio Regeni in Kairo Anfang 2016 zu legen und nach Monaten des Schweigens erneut einen Botschafter nach Kairo zu entsenden, ist auch [Haftar nun wieder zum Dialog bereit](#). Wie überall bestimmen Allianzen und Geld das Grenzregime.

Die Regierung in Tripolitanien scheint Ernst zu machen: man will nun gegen die Abfahrten der Geflüchteten vorgehen. So kommt es fast täglich zu Meldungen, die libysche Küstenwache (welche auch immer damit gemeint sein soll) habe Migrant*innen zurückgeholt (twittermeldungen der SAR NGOs). Der italienische Staat ist seit dem Urteil im Fall „[Hirsi](#)“ 2012 aufgrund des Zurückschiebungsverbotes (non-refoulement) daran gehindert, die Geretteten nach Libyen zurückzubringen, doch die pull-backs finden nun direkt durch die libyschen Behörden statt.

Der Kodex („Code of Conduct“)

Auch EU-Flüchtlingskommissar Avramopoulos unterstützt die Bestrebungen Italiens, den Ankünften Einhalt zu gebieten – er fordert die Rettungs-NGOs auf, den von Minniti erlassenen, nicht rechtsverbindlichen, Verhaltenskodex zu unterzeichnen. Dieser Kodex sollte auf **EU-Ebene verabschiedet werden**, was jedoch nicht zustande kam. „Sowohl der EU-Rat der europäischen Staats- und Regierungschefs wie auch der Innen- und Justizministerrat der EU-Mitgliedsstaaten habe **keine Kompetenz**, „den (italienischen) Verhaltenskodex für NRO rechtswirksam zu verabschieden“, heißt es in einem **Gutachten** des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags.“

Weitere Informationen hier.

Besonders zwei Punkte des italienischen Kodex' stießen auf die Kritik der Seenotrettungs-NGOs: es sollten keine Transfers mehr von einem Rettungsschiff zum anderen stattfinden und die NGOs sollten bewaffnete Polizei für die Suche nach Schleppern unter den Geretteten an Bord lassen. Ersteres würde bedeuten, dass die Rettungsschiffe jedes Mal die lange Fahrt nach Sizilien/italienisches Festland auf sich nehmen müssten und damit im Rettungsgebiet tagelang ausfielen. Bewaffnete Polizei hingegen entspricht nicht dem humanitären Auftrag der Rettungs-NGOs. Aufgrund des massiven Drucks der italienischen Regierung, die drohte, die Retter*in-

nen nicht mehr in die italienischen Häfen einfahren zu lassen, sollten sie nicht unterzeichnen, bewog dann nach der sofort erfolgten Unterzeichnung von Save the Children und MOAs auch Pro Activa Open Arm und Sea Eye zur Unterzeichnung. Am 11. August schließlich unterzeichnete auch SOS Mediterranée, letztere jedoch mit einem Zusatz, dass waffentragende Polizist*innen und ein Verbot des Umbordens (möglichst) ausschließt. Sea-Watch und MSF weigern sich weiterhin, ebenso wie Jugend Rettet, **den Kodex zu unterzeichnen.**

Kriminalisierung der Seenotrettung - Beschlagnehmung der Iuventa

Am 2. August beschlagnahmten die italienischen Behörden das Rettungsschiff „Iuventa“ der Organisation Jugend Rettet. Unter dem Vorwand, sie sollten zwei gerettete Syrer unbedingt selber an Land bringen wurde die „Iuventa“ nach Lampedusa beordert, eine Übergabe an ein anderes Schiff wurde abgelehnt. Dennoch beharrten die Behörden vorerst nach Ankunft darauf, es sei nur ein „routinemäßiges Kontrollvorgehen“ – dabei hatte die Staatsanwaltschaft Trapani seit Monaten „Beweise“ gesammelt, die belegen sollen, dass die Besatzung der „Iuventa“ Beihilfe zur illegalen Einreise geleistet hätte und auch in libysche Gewäs-

ser gefahren sei. Wir werden unschön an das Jahr 2004 erinnert, als die „Cap Anamur“ mit 37 geretteten Geflüchteten erst nach langem Tauziehen in Sizilien anlegen durfte, dann aber dem Kapitän, dem Ersten Offizier und dem Leiter der Organisation Cap Anamur fünf lange Jahre der Prozess gemacht wurde – der mit einem Freispruch endete. Wieder einmal werden Seenotretter*innen kriminalisiert. Anfang des Jahres hatten die italienischen Behörden auch Nicola Carlone, einen Admiral der italienischen Küstenwache, befragt. Die Wochenzeitschrift ‚Zeit‘ berichtete, dass Carlone „zu Protokoll [gibt], die Rettungseinsätze vor der libyschen Küste würden grundsätzlich von der Seenotleitstelle in Rom (MRCC) koordiniert – und kein Schiff sei dabei jemals auf eigene Faust in libysche Gewässer gefahren. Die Ermittlungen entlasten die Retter. Die Sprecherin von Jugend Rettet sagt: „Wir halten uns bei unseren Einsätzen immer zu hundert Prozent an die **Anweisungen der Seenotleitstelle.**“ So berichtete dann auch die ‚Tagesschau‘ von „Beweisen mit Schönheitsfehlern“, denn bei den angeblichen Schleppern, mit denen die Crew in Kontakt gewesen sein soll, handelt es sich um „engine-fisher“, libysche Fischer, die sich in Windeseile die Motoren der Schlauchboote holen, während die Crew rettet. In einem Artikel der Wochenzeitung **„Famiglia Cristiana“** wurde enthüllt, dass die so genannten Beweise von Mitarbeiter*innen einer Sicherheitsfirma, IMI Security, stammen, die auf dem Seenotrettungsschiff „Vos Hestia“ von Save the

Children arbeiteten. Die Firma wird in Verbindung mit Rechtsextremen gebracht, auch soll es Kontakte zum italienischen Ausleger der Identitären Bewegung geben. So soll z.B. der Kapitän der „C-Star“, dem Schiff der Identitären, Mitglied in einer Facebookgruppe der IMI sein. Dass dies wohl auch stimmt zeigte ein Post auf der facebook – Seite der Identitären Bewegung („Defend Europe“) am 3. August: es wird gelobt, dass die „Nachforschungen“ des Kapitäns über die freiwilligen Retter **„Früchte tragen“**.

Doch die italienischen Behörden meinen es ernst: die Staatsanwaltschaft in Trapani soll nun auch gegen den eritreischen Priester und Nobelpreiskandidaten Mussie Zerai ermitteln, ebenfalls wegen Beihilfe zur illegalen Einreise. Auch hier sollen die Infos vom IMI-Security Service gekommen sein. Zerai erhält seit Jahren Anrufe von flüchtenden Eritreer*innen, die sich auf die gefährliche Überfahrt begeben. Er meldet die Anrufe umgehend der Seenotrettungsleitzentrale in Rom. **Was also ist falsch daran, Menschenleben retten zu wollen?**

Am 29. August hat *borderline-europe* in einer **Stellungnahme „Ertrinkenlassen als Mittel der Grenzabschottung“** auf das perfide Kalkül von Frontex und der EU hingewiesen, dass durch die Vertreibung der zivilen Seenotrettungsorganisationen deutlich mehr Tote zu erwarten sind und genau damit andere Geflüchtete von der Überfahrt abgeschreckt werden sollen.

Unterschreiben Sie jetzt [hier](#) die Petition **„SEENOTRETTUNG IST KEIN VERBRECHEN!“**

Libyen droht den Seenotrettern

Nachdem Italien mit dem „Kodex“ versucht, die Arbeit der Seenotrettungs-NGOs massiv einzuschränken hat nun auch Libyen Drohungen gegen die NGOs ausgesprochen. Schon am 25. Juli hatte die libysche Tripolis-Regierung nach einem Treffen mit Staatsvertreter*innen aus Algerien, Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien, Libyen Mali, Malta, Niger, Slowenien, Schweiz, Tschad und Tunesien in Tunis verkündet, nun eine eigene SAR (Search and Rescue) Zone festzulegen. Zuvor hatte die „libysche Küstenwache“ mehr als 3.000 Geflüchtete „gerettet“ und nach Libyen zurückgebracht. Weitere 11.000 seien nach Angaben der libyschen Regierung in Tripolis (vor der Abfahrt) gestoppt worden, berichtete die **Nachrichtenagentur ANSA**.

Nach Expertenmeinungen seien die SAR-Zonen jedoch kein feststehender juristischer Begriff. So äußerte der Seerechtsexperte Alexander Proelß im „Spiegel“, dass „die Verdrängung von Rettungsschiffen aus internationalen Gewässern mit „Se-

arch and Rescue“ nichts zu tun [habe]. Für das von der libyschen Regierung geplante Vorgehen gibt es im Völkerrecht keine Grundlage. (...) Schon das einseitige Ausrufen der SAR-Zone, aus der unter fremder Flagge fahrende Schiffe ausgeschlossen sein sollen, sei problematisch, so Proelß: „Außerhalb der Zwölf-Meilen-Zone gilt prinzipiell die Freiheit der **Schifffahrt**.“ Die Ankündigung der libyschen Regierung sei für andere Staaten nicht bindend. „Das ist in dieser Form völkerrechtswidrig“, zitiert das **Wochenmagazin**.

Weitere Drohungen werden Anfang August laut. Die NGOs hätten sich von der Küste fernzuhalten – nicht klar ist, was „fern halten“ in Seemeilen bedeutet. Dass sie es jedoch ernst meinen zeigte das Stoppen der „Golfo Azzurro“, dem Schiff der spanischen Seenotrettungs-NGO Pro Activa Open Arms, am 15. August in internationalen Gewässern (nach Angabe der NGO waren sie 27 Seemeilen von der Küste entfernt). „>Sie fahren seit Monaten in unseren Gewässern und sie kreieren Probleme für die libysche Staatsouveränität“, sagte ein Mann, der sich selber als Mitglied der libyschen Küstenwache ausgab, auf Englisch. „Daher fordere ich Sie auf, ihren Kurs auf Tripolis abzubrechen. Wenn Sie dem nicht Folge leisten... werden wir auf Sie zielen<, so die Stimme“, berichtete Reuters.

Die ZEIT schließt sich an: „>Ein Sprecher der libyschen Marine sagte, dies sei „eine klare Botschaft an alle, die die libysche Souveränität missachten und keinen Respekt für die Küstenwache und Ma-

rine haben<. Die neue Vorschrift gelte ausdrücklich „für Nichtregierungsorganisationen, die vorgeblich illegale Einwanderer retten und humanitäre Aktionen durchführen wollen“.

Die „Golfo Azzurro“ drehte ab und wurde von libyschen Schiffen begleitet. Die so genannte „libysche Küstenwache“ (derer gibt es mehrere) verweigerte jedweden Kommentar und **wolle den Fall prüfen**, hieß es.

Schon einige Tage zuvor hatten Drohungen aus Libyen viele der Seenotrettungs-NGOs veranlasst, erst einmal ihre Arbeit einzustellen: MSF, Sea-Eye und Save the Children gaben an, vorerst nicht rausfahren zu wollen, da die Gefahr für die Besatzung zu groß sei. Loris de Fillippi von MSF sagte dazu: „Es wird immer feindseliger. Wir können unsere Mitarbeiter*innen nicht in Gefahr bringen. Aber es wird mehr Tote auf See geben.“ Somit werde die „Prudence“ erst einmal in Catania liegen bleiben, während die Ärzteschiff von MSF weiterhin auf der „Aquarius“, dem Schiff von SOS Mediterranée, arbeiten werde. MSF rief die EU und Italien dazu auf, endlich diese **mörderische Strategie** ad acta zu legen, die nur immer weitere Opfer fordere.

Abschottung um jeden Preis scheint zu wirken?

Laut **Aussage des UNHCR** sind bis zum 8. September 100.183 Geflüchtete in diesem Jahr in Italien angekommen, über **2.400 Menschen** haben laut IOM und UNHCR bewiesenermaßen den Tod auf See gefunden, die **Dunkelziffer** wird deutlich höher liegen.

Es sollte ein starkes Ankunftsyear werden, doch nun gehen die Zahlen massiv zurück, auch wenn die Gesamtankunftszahlen sich mit denen von 2016 im gleichen Zeitraum decken. Kamen jedoch im Juni 2017 noch **23.524 Geflüchtete** über See nach Italien waren es im Juli nicht einmal mehr die Hälfte und im August sind 90% weniger angekommen.

Eine der Ursachen für den massiven Rückgang dürfte in der Arbeit der „libyschen Küstenwache“ zu sehen sein: immer mehr push-backs nach Libyen finden statt, sprich, Geflüchtete können evtl. gar nicht erst losfahren oder werden von der Küstenwache schon kurz nach der Abfahrt zurückgeholt (s.o.). Seit dem die EU libyschen Küstenwachmitarbeiter (ausgesucht von der al-Sarradsch Regierung) auf Eunavfor-Schiffen ausgebildet hat und Italien ihnen Schiffe zur Verfügung stellt wirkt diese Abschottung anscheinend. Allerdings sickern jetzt auch Informationen durch, dass ehemalige Schlepper/Milizen von der libyschen Regierung Geld bekommen, um die Geflüchteten

von der Überfahrt abzuhalten. Dieses Geld soll über Mittelmänner der italienischen Regierung an die libysche Einheitsregierung fließen. So sind insbesondere in der Region des Starthafens Sabratha die „Brigade 48“, die unter der Führung eines ehemaligen libyschen Mafiabosses stehen soll, und auch die verbündete „Al Ammu“-Miliz im Einsatz. Beide Milizen seien mittlerweile der libyschen Einheitsregierung von al-Sarradsch unterstellt und hätten vor einem Monat eine mündliche Vereinbarung mit **Tripolis und der italienischen Regierung** getroffen. Sie hielten die Geflüchteten auf und bekämen im Gegenzug Ausrüstung, Boot und Gehälter.

Als weiteres Motiv für diesen Seitenwechsel wird vermutet, dass die Milizenführer Angst davor hätten auf einer geheimen Kriegsverbrecher-Liste zu landen und durch ihre Zusammenarbeit mit der italienischen und libyschen Regierung wollen sie sich eine weiße Weste verschaffen und erhoffen sich eine Legalisierung ihrer Milizen.

Offensichtlich sind auf Seiten der EU sämtliche Dämme gebrochen solange nur die Zusammenarbeit mit skrupellosen Schleppern und Verbrechern zu einer Eindämmung der unkontrollierten Zuwanderung führt. **Weitere Informationen**

Support Center for Refugees and Locals Mosaik feiert einjähriges Bestehen

Happy Anniversary -

Ein Jahr Mosaik Support Center

Das haben wir groß gefeiert. Nachdem wir uns für den Tag unseres einjährigen Bestehens lange überlegt haben, was außer dem Bazar, auf dem unsere Workshops ihre Produkte zeigten, Musik, Essen und der Kunstaussstellung von Teilnehmer*innen unserer Kurse sonst noch zu tun und zu zeigen wäre und wer die große Rede halten sollte, hatte sich der Abend ziemlich schnell selbst organisiert. Als unser DJ Kosta, eigentlich von Beruf bei uns Griechischlehrer, begann Musik aufzulegen, da war nicht mehr an Ansprachen und Dankesreden zu denken, alle Leute begannen zu tanzen. Und wie auch allgemein für das Mosaik so oft gilt, wichtiger als große Worte ist es, einfach mal für ein paar Stunden das ganz Chaos drumherum vergessen und gemeinsam einen Ort schaffen, an dem sich Menschen willkommen und wie zu Hause fühlen und wo auf Augenhöhe Menschen aus allen möglichen Ecken und Enden der Welt sich begegnen, aber eben nicht nur begegnen, sondern auch zusammen arbeiten, voneinander lernen usw.

Das besondere für uns im Rückblick auf das Jahr, aber auch unser Dasein auf Lesbos: Projekte kommen und gehen, große und kleine NGOs sind mal

mit dem einen Projekt dabei mal mit einem anderen. Wir sind, obwohl erst ein Jahr alt mit dem Mosaik eins der langatmigeren Projekte und wir hoffen das bleibt auch weiterhin so. Die Leute kennen uns. Unsere eigenen Mitarbeiter*innen, teilweise selbst Geflüchtete, informieren Neuankömmlinge über unser Programm und einige unserer Locals kennen ihre Studierenden jetzt schon seit einem Jahr. Freundschaftliche Beziehungen entstehen innerhalb des ganzen Frustes, des Eingesperrt-Seins auf der Insel, dem Chaos des Asylsystems. Da gibt es das beständige Mosaik mit klarer Ansage, was wir bieten und was nicht, während scheinbar alles rundherum der Zeit hinterherläuft.

Natürlich gibt es immer noch mehr, das man tun könnte, aber wir können eben mit Stolz über uns sagen, dass wir das Gefühl haben einen Nerv der Zeit und irgendwie auch der Insel positiv getroffen zu haben und Menschen, Locals wie Refugees, eine Perspektive geben zu können, sei es mit bezahlten Jobs, mit Sprachunterricht, mit Kunst, mit Informationen, mit Workshops und soeben mit Teilhabe am Leben.

Save the Date

10 Jahre borderline-europe Menschenrechte ohne Grenzen

(k)ein Grund zu feiern?! Wir feiern trotzdem:

am Samstag, 28. Oktober 2017
um 18 Uhr
im Statthaus Böcklerpark,
Prinzenstr. 1, 10969 Berlin
Einladung folgt

Konferenz zur Externalisierung der EU-Migrationspolitik

Die Externalisierung der EU Migrationspolitik auf afrikanische Herkunfts- und Transitstaaten – Folgen und Widerstandsbewegungen an den Beispielen Mali und Gambia

14. Oktober 2017,
10 Uhr bis 17 Uhr
Aquarium (Skalitzer Straße 6)
am Kottbusser Tor, 10999 Berlin

Solidarität braucht Ihre Hilfe — Unterstützen Sie borderline-europe!



Über uns

An den Außengrenzen der Europäischen Union finden immer mehr Menschen auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben den Tod. Sie fliehen vor der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch Kriege, Umweltkatastrophen, ungerechte Wirtschafts- und Handelsbedingungen und sie fliehen vor den gewalttätigen und diskriminierenden gesellschaftlichen Verhältnissen in ihren Herkunftsländern.

Kontakt

borderline-europe -
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

+49 (0) 176 420 276 55
mail@borderline-europe.de

www.borderline-europe.de

Folge uns!

Folge uns [hier](#) auf Twitter.
Folge uns [hier](#) auf Facebook.